

Aussenwirtschaftsbeziehungen und Aussenwirtschaftsmassnahmen zu diskutieren, sondern auch Fragen der Menschenrechte und der humanitären Probleme aufzuwerfen. Es hat zum Beispiel, gerade was Argentinien betrifft, wo unser Staatssekretär jedenfalls verweilte, von Amnesty International vor einiger Zeit einen Appell gegeben, den etliche illustre Damen und Herren aus unserem Rat unterschrieben haben, wie Herr Jean-François Aubert, Ständerat, oder Frau Blunschy, Frau Füeg, Frau Girard, Herr Günter, Herr Jaeger, Frau Meier, Herr Wilhelm usw. Was die PEN-Flüchtlinge betrifft (das sind die Flüchtlinge, die zur Verfügung der nationalen Exekutivgewalt in Argentinien sind, noch über 800 Personen, die ohne Anklage und zum Teil ohne Prozess seit Jahren festgehalten werden): Die schweizerischen Bundesbehörden haben 20 solchen Häftlingen in Argentinien die Einreisevisa erteilt, aber man weiss noch nicht, was weiter geschieht, ob diese jetzt ausreisen können oder nicht. Mich würde zum Beispiel interessieren, ob unser Staatssekretär sich hier im Sinne der Menschenrechte für diese Flüchtlinge eingesetzt hat. Ich habe hier nur aufzeigen wollen – wir haben diesen Bericht in unserer Fraktion eingehend diskutiert –, dass es immer Diskussionen geben wird, was den Bericht über Aussenwirtschaftspolitik betrifft. Ich glaube, in diesem Rat wird dieser Bericht zu wenig ernst genommen, zu wenig diskutiert. Es gibt sehr viele Probleme hier, die aufgeworfen werden müssen, aber dieser Bericht, so wie er vorliegt und so wie er behandelt wird, gibt uns leider zu wenig Möglichkeit, politisch effektiv darauf einzutreten.

**Bundespräsident Honegger:** Herr Herzog hat neun Erklärungen abgegeben. In diesen neun Erklärungen sind drei Fragen eingepackt gewesen, zu denen ich kurz Stellung nehmen will.

Sie fragen mich, Herr Herzog, ob dieser neue UNO-Kodex irgendwelche Rückwirkungen habe auf die schweizerische Kartellpolitik. Nein, das hat keine Rückwirkungen. Wir werden also unser Kartellgesetz nicht anpassen müssen wegen dieses neuen UNO-Kodexes. Hingegen ist denkbar, dass einzelne unserer multilateralen Firmen in ihrer Informationspolitik vielleicht etwas offener sein müssen, als das bisher der Fall war.

Zweite Frage, zu den Mischkrediten. Die Mischkredite werden Bestandteil einer Vorlage sein, über die Sie nächste Woche zu diskutieren haben. Es ist deshalb, glaube ich, sinnvoll, wenn wir das ganze Kapitel Mischkredite nächste Woche drannehmen.

Dritte Frage, ob für 1981 eine Hilfe im Rahmen einer OECD-Aktion für die Türkei vorgesehen sei. Die Schweiz wird sich, wenigstens ist das der vorläufige Entscheid des Bundesrates, an keiner neuen Türkeihilfeaktion für 1981 beteiligen.

**Präsidentin:** Sie haben damit vom 18. Bericht über die Aussenwirtschaft Kenntnis genommen.

**I**

**Bundesbeschluss über die Genehmigung von aussenwirtschaftlichen Massnahmen**  
**Arrêté fédéral approuvant des mesures économiques extérieures**

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*  
*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Gesamtberatung – Traitement global du projet*

**Titel und Ingress, Art. 1–3**  
**Titre et préambule, art. 1 à 3**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
Für Annahme des Beschlusssentwurfes 100 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**II**

**Bundesbeschluss über das Abkommen zwischen der Schweiz und Island über den Handel mit Agrarerzeugnissen, Fischen und anderen Meeresprodukten**

**Arrêté fédéral sur l'accord entre la Suisse et l'Islande sur l'échange de produits agricoles, de poissons et d'autres produits de la mer**

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*  
*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Gesamtberatung – Traitement global du projet*

**Titel und Ingress, Art. 1 und 2**  
**Titre et préambule, art. 1 et 2**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
Für Annahme des Beschlusssentwurfes 104 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

82.006

**Gebrauchszolltarif. 34. Bericht**  
**Tarif d'usage des douanes. 34<sup>e</sup> rapport**

34. Bericht des Bundesrates vom 20. Januar 1982 (BBl I 469)  
34<sup>e</sup> rapport du Conseil fédéral du 20 janvier 1982 (FF I 482)  
Beschluss des Ständerates vom 11. März 1982  
Décision du Conseil des Etats du 11 mars 1982

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates  
*Proposition de la commission*  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Herr **Risli-Schwyz** unterbreitet namens der Wirtschaftskommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Die Wirtschaftskommission befasste sich am 16. Februar 1982 mit dem 34. Bericht über die Änderungen des Gebrauchszolltarifs 1959, der drei im zweiten Halbjahr 1981 beschlossene Zollmassnahmen zur Genehmigung unterbreitet.

Als Ergebnis von Verhandlungen mit Schweden wurden ab 1. Januar 1982 die konsolidierten Zollansätze für ungezuckerte gefrorene Heidelbeeren und gezuckerte, gefrorene Himbeeren von 45 Franken auf 40 Franken je 100 Kilo brutto reduziert. Die vorzeitige Inkraftsetzung dieser Zollzustände an Schweden, die der Meistbegünstigungsklausel unterliegen, drängte sich auf, weil die Schweiz schon seit dem 1. Mai 1981, aufgrund der Ergebnisse der Agrarverhandlungen 1980 zwischen unserem Land und der EWG, bei verschiedenen Importprodukten – unter anderem auch bei solchen, die schwedische Interessen berühren – erhöhte Einfuhrabgaben erhebt.

Der Erfolg der Harmonisierungsbestrebungen der am europäischen Freihandel beteiligten Länder im Bereich der Ursprungsregeln für Zollpräferenzen an Entwicklungsländer machte folgende Anpassungen vorwiegend formeller Natur der entsprechenden schweizerischen Verordnung notwendig:

1. Aufnahme der Anerkennung von Ursprungszeugnissen für Transitsendungen.
2. Anpassung der Wertgrenzen für Postsendungen und nichtkommerzielle Sendungen.
3. Erstreckung der Frist, welche den Behörden der Entwicklungsländer für die nachträgliche Kontrolle der

Ursprungszeugnisse eingeräumt wird, von drei auf sechs Monate (bzw. acht Monate für Transit-Ursprungszeugnisse) und Ermöglichung der Zollnachforderungen durch Aussetzung der Zollverjährung während der Dauer eines Überprüfungsverfahrens.

4. Änderung der Anmerkung 5 in den Erläuterungen der Verordnung über die Ursprungsregeln für Zollpräferenzen an Entwicklungsländer in dem Sinne, dass der Begriff «Zollwert» neu demjenigen im Übereinkommen vom 12. April 1979 zur Durchführung des Artikels VII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens entspricht.

Aufgrund neuer Untersuchungen der Zollverwaltung über die rohstoffmässige Zusammensetzung bestimmter Schokoladenerzeugnisse mussten die am 1. Mai 1981 in Kraft getretenen und von den eidgenössischen Räten schon gutgeheissenen Änderungen des Einfuhrregimes für Erzeugnisse aus Landwirtschaftsprodukten (siehe 33. Bericht über die Änderungen des Gebrauchszolltarifs) in einem Punkt wie folgt revidiert werden: Neu wird die Tarifnummer 1806-50 in zwei Unterpositionen aufgliedert, wobei inskünftig die Schokoladenerzeugnisse in Form von Tafeln, Stengeln, Pralinen usw. in der einen und die übrigen Schokoladenerzeugnisse ohne eine bestimmte Form in der anderen Unterposition zusammengefasst werden. Gleichzeitig wurden diese Änderung in den Anhang zur Verordnung vom 21. April 1976 über die Berechnung der beweglichen Teilbeträge bei der Einfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten übertragen und für die beiden neuen Unterpositionen neue Standardrezepturen geschaffen, die den ermittelten Grundstoffmengen Rechnung tragen.

Die einstimmige Kommission beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesbeschlusssentwurf über die Genehmigung von zolltarifarischen Massnahmen zuzustimmen.

#### **Bundesbeschluss über die Genehmigung von zolltarifarischen Massnahmen**

#### **Arrêté fédéral portant approbation de mesures touchant le tarif des douanes**

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Gesamtberatung – Traitement global du projet*

**Titel und Ingress, Art. 1 und 2**

**Titre et préambule, art. 1 et 2**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlusssentwurfes 110 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

82.011

#### **Genossenschaft für Getreide und Futtermittel. Verlängerung des Bundesbeschlusses**

#### **Société coopérative des céréales et matières fourragères. Prorogation de l'arrêté fédéral**

Botschaft und Beschlusssentwurf vom 17. Februar 1982 (BBl I 697)

Message et projet d'arrêté du 17 février 1982 (FF I 703)

Herr **Fischer-Bern** unterbreitet namens der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Der Bundesrat hat dem Parlament mit der Botschaft vom 7. Dezember 1981 den Entwurf für ein Bundesgesetz über die Schweizerische Genossenschaft für Getreide und Futtermittel (GGF) unterbreitet. Es soll den Bundesbeschluss vom 17. Dezember 1952 ersetzen, der Ende 1982 abläuft.

2. Die vorberatende Kommission hat sich an einer Sitzung vom 5. April 1982 über die Aufgaben der GGF und über den Entwurf des neuen Bundesgesetzes orientieren lassen. Am 28./29. April 1982 hat sie die interessierten Kreise angehört. Sie wird ihre Beratungen des Bundesgesetzes frühestens auf die Herbstsession hin abschliessen können. Es ist deshalb ausgeschlossen, dass das neue Gesetz vor Ablauf des geltenden Beschlusses in beiden Räten behandelt und nach Ablauf der Referendumsfrist rechtzeitig in Kraft gesetzt werden kann.

3. Die Kommission hat dies vorausgesehen und angeregt, die Verlängerung des geltenden Beschlusses vorzubereiten. Der Bundesrat hat dementsprechend mit der Botschaft vom 17. Dezember 1982 die unveränderte Weiterführung des Bundesbeschlusses vom 17. Dezember 1952 über die Schweizerische Genossenschaft für Getreide und Futtermittel bis zum Inkrafttreten eines ihn ersetzenden Bundesgesetzes, längstens aber bis zum 31. Dezember 1984 beantragt.

4. Es ist unbestritten, dass die GGF zur Erfüllung wichtiger Aufgaben auf den Gebieten der Landwirtschaftspolitik, des Aussenhandels und der wirtschaftlichen Landesversorgung benötigt wird. Weil bereits die Vorarbeiten des Bundesrates für das neue Bundesgesetz – vor allem wegen rechtlichen Problemen – mehr Zeit als erwartet beansprucht und für die gründliche Beratung der zu lösenden grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Fragen im Parlament genügend Zeit aufgewendet werden sollte, ist die Verlängerung des geltenden Bundesbeschlusses erforderlich, um die Rechtsgrundlagen der GGF als öffentlich-rechtliche Genossenschaft aufrechtzuerhalten.

5. Die Kommission hat den Beschlusssentwurf an ihrer Sitzung vom 5. April 1982 beraten. Sie beantragt dem Rat einstimmig, bei einer Enthaltung, auf die Vorlage einzutreten und dem Beschlusssentwurf zuzustimmen.

#### **Bundesbeschluss über die Schweizerische Genossenschaft für Getreide und Futtermittel**

#### **Arrêté fédéral concernant la Société coopérative suisse des céréales et matières fourragères**

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Gesamtberatung – Traitement global du projet*

**Titel und Ingress, Art. 1 und 2**

**Titre et préambule, art. 1 et 2**

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlusssentwurfes 106 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

*Antrag der Kommission*

Eintreten und Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Entrer en matière et adhérer au projet du Conseil fédéral

## **Gebrauchszolltarif. 34. Bericht**

### **Tarif d'usage des douanes. 34e rapport**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.006
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.06.1982 - 08:00
Date	
Data	
Seite	784-785
Page	
Pagina	
Ref. No	20 010 516

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.